

Aufklärung und Bildung! Prägekräft der Reformation für Religion, Kultur und Gesellschaft im Kontext der politischen Bildungsarbeit (15.09.2016, Tutzing)

Grußwort auf der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing vom 15. bis 17. September 2016 „Religion – Kultur – Gesellschaft. Wie viel prägende Kraft steckt (noch) in der Reformation?“

15.9.2016

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

vor zweieinhalb Jahren haben wir uns in einer Auftaktveranstaltung in der Evangelischen Akademie Bad Boll damit auseinandergesetzt, welche gesellschaftliche Aktualität die Reformation in sich birgt. Aus Sicht der Bundeszentrale für politische Bildung habe ich die Frage, ob wir im Zeitalter der Partizipation und des Diskurses eine neue Reformation der Gesellschaft brauchen, bejaht – nicht ohne dabei die Schattenseiten der Reformation zu benennen. Ich möchte meine damaligen positiven Befunde in Erinnerung rufen, bevor ich mich heute, auf der Abschlusstagung dieser Veranstaltungsreihe, dem Thema annähere, welche Prägekräfte die Reformation für die Trias Religion, Kultur und Gesellschaft hat und wie wir diese im Kontext der politischen Bildungsarbeit nutzbar machen und wirksam werden lassen können.

Ausgehend von Martin Luthers vier "soli" (lat. solus "allein"), die man als gemeinsamen Nenner der aus der Reformation hervorgegangenen Kirchen bezeichnen kann und die die zentrale Bedeutung der Rechtfertigungslehre und des Schriftprinzips zum Ausdruck bringen, hatte ich betont, dass unsere Rechtsordnung den einzelnen, frei und in Würde lebenden Menschen in den Mittelpunkt stellt. Daraus ergibt sich das Bekenntnis aller Deutschen zu "unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt".

So steht es in der Präambel unseres Grundgesetzes, das für die Gestalt und die Gestaltung unserer demokratischen Gesellschaft verbindlich ist.

Meine folgenden Ausführungen, die unter dem durchaus appellativ gemeinten Begriffspaar "Aufklärung und Bildung" stehen, sind folgendermaßen gegliedert: 1. Welches sind die prägenden Kräfte der Reformation für Religion, Kultur und Gesellschaft? 2. Mit welchem Ziel sollten wir diese Kräfte nutzbar machen und konstruktiv umsetzen? 3. Welche Rolle spielt dabei die politische Bildung und wie kann sie diesem Auftrag nachkommen?

1. Die prägenden Kräfte der Reformation für Religion, Kultur und Gesellschaft

Zuerst nehme ich die christlichen Werte in den Blick – man kann die göttlichen oder theologischen Tugenden nennen, Glaube, Liebe, Hoffnung. Dann Gottesliebe und Nächstenliebe sowie Barmherzigkeit und Toleranz. Diese Werte und Tugenden sind bedeutsam für Religion und Kultur, aber leider nur bedingt anschlussfähig in der heutigen, leistungs- und konsumorientierten Gesellschaft. Aus dem Alten Testament gehören die 10 Gebote dazu – bis hierhin wird im Rahmen einer Wertediskussion innerhalb der deutschen Gesellschaft, nicht nur unter Christenmenschen, noch weitgehend ein Konsens erzielt werden können. Da die ersten vier Gebote beschreiben, wie sich die Menschen Gott gegenüber verhalten sollen, dürfte das zumindest für die übrigen sechs Gebote gelten, die besagen, wie die Menschen ihre Mitmenschen behandeln sollen. Bei den entsprechenden Auslegungen durch Jesus im Neuen Testament, wie zum Beispiel in der Bergpredigt, in der neben der Nächstenliebe auch – radikaler – die Feindesliebe gefordert wird, wird das Eis schon dünner. Der Ansatz ist umstrittener, auch wenn diese der Form nach antiethische Auslegung abgesehen vom Christentum auch nichtchristliche Denker und andere Religionen maßgeblich beeinflusst hat. Die Reformation hat den Stein ins Rollen gebracht, den Blick auf den Einzelnen im Diesseits gerichtet, den Weg zu Rationalismus und Aufklärung geebnet. Auch wenn man die

protestantischen Kirchen keineswegs als Vorreiter und Kämpfer für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte bezeichnen kann, so haben sie doch wichtige ethische und politische Impulse gegeben, damit ein Fundament gelegt werden konnte für unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung und eine entsprechend organisierte Gesellschaft. Diese Werte sind die politisch-moralische Grundausstattung unserer Demokratie, gültig über weltanschauliche und konfessionelle Grenzen hinweg. Zu betonen ist also: Die Bundesrepublik ist kein wertneutraler Staat und – das ist auch gut so. Gemeinwesen funktioniert nicht, wenn mit der Freiheit des Einzelnen nicht auch die Verantwortung und die Sorge für den Anderen und das Ganze einhergehen. In den Printmaterialien und auf der Online-Seite der Bundeszentrale für politische Bildung können Sie Einiges nachlesen zum Wertewandel in der Bundesrepublik. Festhalten lässt sich zumindest, dass es eine Verschiebung gegeben hat: Die Wichtigkeit der materiellen Werte wie Vermögen und Besitz nimmt ab, die Bedeutung immaterieller Werte wie Selbstverwirklichung und Kommunikation nimmt zu. Ist das eine positive Entwicklung?

Eine Grafik des Portals "Statista" zeigt das Ergebnis einer Umfrage in Deutschland vom Herbst 2015 zu den wichtigsten politischen und sozialen Werten, wobei die Auswahl der Begriffe für die sogenannten Werte vorgegeben war. Dabei gaben 58 Prozent der Befragten an, dass Frieden für sie zu den wichtigsten Werten gehört, 44 Prozent nannten Menschenrechte, 34 Prozent Demokratie, 32 Prozent die Freiheit des Einzelnen. Es folgen mit abnehmenden Zustimmungswerten Respekt gegenüber dem menschlichen Leben, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Unterstützung anderer sowie als Schlusslichter mit einstelligen Prozentzahlen Respekt gegenüber anderen Kulturen, Selbstverwirklichung und Religion.

Was kann man mit diesen Befunden anfangen? Spiegeln sie die prägenden Kräfte wieder, die Werte, die das Ethos des Gemeinwesens ausmachen? Dem Frieden, den Menschenrechten, der Demokratie und der Freiheit des Einzelnen räumen jeweils über 30 Prozent der Befragten einen besonderen Stellenwert ein. Doch fällt auf, dass denjenigen Werten, die in einem Staat mit einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung das funktionierende Miteinander seiner Bürgerinnen und Bürger ermöglichen, keine herausragende Bedeutung zugesprochen werden. Toleranz und Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Respekt gegenüber anders Glaubenden, Lebenden und Denken sind aber gerade in einer Markt-, Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft überaus wichtig. Eine in dieser Weise angeschlagene Gesellschaft tut sich zum Beispiel auch schwerer damit, Hilfe Suchende nicht nur aufzunehmen, sondern ihnen auch bei der Integration in das Gemeinwesen zu helfen.

2. Mit welchem Ziel sollten wir diese Kräfte nutzbar machen und konstruktiv umsetzen? Das sicher nicht kleine Ziel ist es, die prägenden Kräfte, die ethischen und politischen Impulse so einzusetzen und wirken zu lassen, dass sie unsere von Konkurrenz, Leistungsdruck und Ausgrenzung bestimmte Gesellschaft umlenken in Richtung einer Bürgergesellschaft. Unter einer Bürgergesellschaft wird eine demokratische Gesellschaftsform verstanden, welche durch die aktive Partizipation ihrer Mitglieder am öffentlichen Leben gestaltet und weiterentwickelt wird. Sie wird demnach getragen von dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger – jeder Einzelne soll die Chance zur Teilhabe nicht nur kennen, sondern auch nutzen können. Aber neben diesen Chancen, sich am Diskurs zu beteiligen, lauern auch die Risiken einer zunehmenden sozialen Ungleichheit und Ausgrenzung. Wie muss eine Gesellschaft aussehen, die politische und soziale Partizipation aller ermöglicht und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz und Empathie befördert? Ich kehre dazu noch einmal zurück zu Martin Luther und möchte Ihre Aufmerksamkeit jetzt auf dessen Thesen zur „Freiheit eines Christenmenschen“ lenken. Luther spricht darin zwei scheinbar einander ausschließende, sogar einander widersprechende Sätze aus: "Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan". Und: "Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan." Diese christliche Erklärung von Freiheit war zu Luthers Zeiten, als Kirche und Politik aufs Engste miteinander verwoben waren, leichter verständlich, aber nicht minder provozierend. Die prägende Kraft dieser Aussagen ins 21. Jahrhundert, ins Zeitalter der Trennung von Staat und Kirche zu überführen, eröffnet eine erstaunliche Perspektive.

Der Mensch ist frei von allen irdischen Zwängen, sozusagen frei von der Welt in seinem Glauben an Gott. Und, das besagt der zweite Satz, er hat als Christ Verantwortung zu tragen für seine Mitmenschen, er empfindet Empathie, Solidarität und setzt sich für das Wohl und die Würde aller Menschen ein. Freiheit in Verantwortung, Verantwortung für die Welt. Gilt das aber in einer zwar christlich geprägten und grundierten, aber weltanschaulich offeneren und säkularisierten Gesellschaft auch?

Zur näheren Bestimmung einer, nennen wir es sozialen Bürgergesellschaft, möchte ich von Martin Luther zu Ralf Dahrendorf gehen, vom 16. ins 20. Jahrhundert. Der deutsch-britische Soziologe, Politiker und Publizist hat sich seit den 1960er Jahren mit gesellschaftlichen Defiziten und Konflikten beschäftigt. Dahrendorfs Leitidee einer gerechten Gesellschaftsordnung versucht, die im politischen Diskurs als unvereinbar geltenden egalitären und libertären Konzeptionen miteinander zu versöhnen. Für eine egalitäre Gesellschaftskonzeption ist die gegenseitige Anerkennung von Gleichrangigkeit, die gerechte Verteilung von Gütern und Lasten unter den Mitgliedern einer Gesellschaft verpflichtend, während bei einem libertären Konzept die individuelle Autonomie ganz oben steht – sozialstaatliche Einmischungen und Korrekturen sind zu vermeiden. Dahrendorf versuchte zu ermitteln, welches Maß an Freiheit mit welchem Maß an Gleichheit der Mitglieder einer Gesellschaft zu vereinbaren ist. Dabei bedeutet Freiheit für ihn, dass alle Menschen über die nicht nur theoretische Möglichkeit verfügen, ihre Freiheit zu entfalten, sich selbst zu verwirklichen. Diese Chance eröffnet sich nur dann jedem Menschen, wenn die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen stimmen. Der Begriff Gleichheit gliedert sich bei Dahrendorf in die „Gleichheit des staatsbürgerlichen Status“ und die „Gleichheit des sozialen Status“. Jeder Staatsbürger muss eine vergleichbare Ausgangsposition haben, um sich individuell zu entfalten und seine politischen Rechte wahrzunehmen. Und jedem Einzelnen sollte ein sozialer Mindeststatus garantiert werden, der ihm die Wahrnehmung seiner staatsbürgerlichen Rechte ermöglicht. Die Freiheit müsste idealerweise durch eine Obergrenze für Einkommen und Vermögen geschützt werden. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit gilt es nach Dahrendorf auszutarieren.

Eine soziale Bürgergesellschaft müsste ausgerichtet sein auf Gerechtigkeit und Chancengleichheit, also auf ein ausgewogenes Verhältnis von Freiheit und wechselseitiger Anerkennung und Wertschätzung für jeden Einzelnen. Und sie muss für die Interaktion zwischen ihren Mitgliedern sorgen, damit sie sich füreinander interessieren, sich kennenlernen, sich austauschen. Die Reformatoren haben uns vorgemacht, für etwas zu kämpfen, das wir für richtig halten, es gegen Widerstände zu verteidigen. Aber eines der Grundmotive des christlichen Glaubens ist auch die Bereitschaft und Möglichkeit der Umkehr, wenn für unsere demokratische Gesellschaft grundlegende Werte missachtet werden oder gefährdet sind.

Die Voraussetzung für Freiheit und gegenseitige Wertschätzung ist allerdings, überhaupt die eigenen Rechte und Pflichten und Wahlmöglichkeiten zu kennen und in der Lage zu sein, eigene Überzeugungen zu entwickeln und sich Werte zu Eigen zu machen.

Ich komme zum dritten und letzten Punkt.

3. Welche Rolle spielt dabei die politische Bildung und wie sollte sie diesem Auftrag nachkommen?

Ich knüpfe an das eingangs genannte Begriffspaar „Aufklärung und Bildung“ an, das sozusagen eine symbiotische Beziehung lebt: Ohne Aufklärung ist keine Bildung, aber ohne Bildung auch keine Aufklärung möglich. Das ist es, was die politische Bildung leisten muss und wo wir als Bundeszentrale für politische Bildung bereits unsere Schwerpunkte gesetzt haben. Wiederum Ralf Dahrendorf war es, der bereits Mitte der 1960er Jahre darauf hinwies, dass Bildung ein „Bürgerrecht“, ein soziales Grundrecht und „Bildungspolitik weit mehr als eine Magd der Wirtschaftspolitik“ sei. Da Bildung ein wesentliches Element der Demokratisierung und der Emanzipation ist und individuelle Lebens- und Entwicklungschancen eröffnet, sollte allen Mitgliedern unserer Gesellschaft der Zugang zu Bildung und der Erwerb von Wissen ermöglicht werden. Denn Bildung ist nicht nur ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern jenseits des Verwertungsaspektes auch für die soziale Integration. Wie es die Bildungs- und Arbeitsmarktforscherin am Wissenschaftszentrum Berlin, Jutta Allmendinger, 2013 betonte: Bildungs- und Sozialpolitik stehen nicht gegeneinander, sie bilden zwei gleichermaßen notwendige Säulen des Sozialstaats. Vermutlich stutzen Sie erst einmal, wenn Sie jetzt gleichzeitig das Gemälde des niederländischen Malers Adriaen van de Venne von 1614 und die Verkaufsschachtel für den Playmobil-Luther von 2015 sehen. Das großformatige Bild heißt "Seelenfischerei" und kann am Beispiel des konkurrierenden Angelns nach katholischen und protestantischen Seelen zeigen, welche Gefahr mangelnde Bildung und Aufklärung mit sich bringt. Ich meine die Gefahr, sich Gruppen anzuschließen, die mit dem zweifelhaften Versprechen für sich werben, diejenigen aufzunehmen, die sich ausgegrenzt, ignoriert oder nicht anerkannt fühlen. Auf diese Menschen zielen ja sowohl islamistische Fundamentalisten als auch die, die vorgeben, das Abendland gegen den

Islam zu verteidigen.

Die daumengroße Lutherfigur von Playmobil hingegen, deren Erstauflage von 34.000 Stück in weniger als hundert Stunden verkauft worden war, hat es nicht nur in das Reisegepäck Margot Käßmanns und die deutschen Feuilletons, sondern in die ausländische Presse und die europäischen Kinder- und Wohnzimmer geschafft. Vielleicht wird Martin Luther bald seine Lebensgefährtin Katharina von Bora oder einer seiner Mitstreiter und Zeitgenossen an die Seite gestellt. Auch wenn bezweifelt werden kann, dass dadurch die wichtigen prägenden Kräfte und Werte der Reformation in unserer Gesellschaft wieder an mehr Bedeutung gewinnen werden – es wird darüber diskutiert, gestritten, polemisiert und zwar von einer breiten Öffentlichkeit. Wir brauchen die modernen Netzwerke, offene Diskussionsforen, um alle zu erreichen, sie über ihre Möglichkeiten, Rechte und Pflichten aufzuklären und ihnen Bildung und Gespräch anzubieten, sie zur Teilhabe an unserer Gesellschaft einzuladen. Dann wird eine Gesellschaft gelingen, die von gegenseitigem Interesse, Austausch, Toleranz und Empathie geprägt ist.

- Es gilt das gesprochene Wort -